

AKTUELL

MÉCO ZU LANDESPLANUNG

Hehre Ziele

Raymond Klein

Fortschritte in der Landesplanung sieht der Mouvement écologique vor allem auf konzeptueller Ebene. Bei der Umsetzung gehe das „Programme directeur“ aber nicht weit genug.

„Luxemburg braucht eine nationale Debatte über die landesplanerischen Herausforderungen“, so der Mouvement écologique in einer Stellungnahme vom 6. Dezember. Damit wiederholt die Umwelt-NGO ihr jahrzehntealtes Mantra der „Zukunftsfagen“ – und erinnert implizit daran, dass die Debatte darüber, auch nach neun Jahren grüner Regierungsbeteiligung, kaum vorangekommen ist. Konkret reagiert der Méco auf den im Oktober vorgelegten Entwurf des „Programme directeur de l'aménagement du territoire“ (PDAT2023), den er sowohl lobt als auch kritisiert.

Erfreut zeigt sich die NGO über die Zielsetzungen der Landesplanung wie den „Netto-Null-Flächenverbrauch“ (für 2050) oder die „Wiederbelebung der Zentren unserer Städte und Dörfer sowie das Konzept einer Viertelstunden-Stadt“ (in der die Infrastrukturen für das Alltagsleben zu Fuß oder mit dem Rad schnell erreichbar sind). Eine künftige Konzentration der räumlichen Entwicklung auf ein paar „zentrale Orte“ wird ebenfalls begrüßt (bereits 2003 im Rahmen des Integrativen Verkehrs- und Landesentwicklungskonzepts ausgearbeitet). Als „bemerkenswert“ bezeichnet der Méco die Definition der natürlichen Umwelt als begrenzenden Faktor für die Entwicklung.

Allerdings gebe es eine „Kluft zwischen der aktuellen Realität und den großen Visionen des PDAT2023-Projekts“, für deren Überwindung die NGO Vorschläge macht. So sei die Landesplanung unter anderem der Gemeindeautonomie und dem Recht auf Privateigentum untergeordnet – deshalb solle auch sie in die Verfassung eingeschrieben werden. Der fehlenden politischen Kohärenz könne man entgegenwirken, indem man die Zuständigkeiten für ländliche Entwicklung und Großregion ins Landesplanungsministerium verlagere. Der Méco merkt an, dass die ungebremste Ausweisung von Bauland nicht mit der angestrebten Reduzierung des Flächenverbrauchs vereinbar sei – es brauche politischen Mut, um sich hierbei gegen Lokalpolitiker*innen und die „allmächtige Lobby“ der Landbesitzer*innen durchzusetzen.

Über die detaillierte Analyse des PDAT2023 hinaus wirft der Mouve-

ment écologique aber auch eine grundsätzliche Frage auf: Ist eine harmonische und nachhaltige Entwicklung Luxemburgs „angesichts der offensichtlichen Grenzen der natürlichen Ressourcen“ überhaupt mit einem kontinuierlichen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum vereinbar? Und fordert einen „Stresstest“, insbesondere zu den Auswirkungen der Entwicklungsszenarien auf die Trinkwasser- und Nahrungsversorgung sowie auf Klimawandel und Biodiversität. Die NGO warnt, die Vorstellung, „die Folgen eines ungebremsten Wachstums [seien] landesplanerisch in den Griff zu bekommen“, sei ein Trugschluss.

Lokal denken

Als Beleg wird unter anderem auf die angesichts der zahlreichen Grenzgänger*innen zweifelhafte Krisenresilienz verwiesen. Auch erinnert der Méco daran, dass die Verbesserung des Modal Splits bis 2035 in Kombination mit einem 4,5-Prozent-Wirtschaftswachstum am Ende doch zu einer Zunahme der Autofahrten führen würde. Es sei zu hoffen, dass der Entwurf des PDAT2023 und die Reaktionen darauf „endlich und trotz oder gerade wegen der bevorstehenden Wahltermine“ eine große Debatte über die zukünftige Entwicklung Luxemburgs auslöse.

Die Kritik des Méco ist gerechtfertigt, doch sie ist nicht so weitsichtig angelegt, wie es scheint. Die mit dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt verbundenen Herausforderungen wie Mobilität und Resilienz ließen sich nur durch das, ebenfalls bereits 2003 angeordnete, Einwohner*innen-Szenario im Sinne der Nachhaltigkeit lösen. Was allerdings, ganz unabhängig von künftigen Wirtschaftswachstum, einen massiven Bevölkerungszuwachs bedeuten würde – den man nur „landesplanerisch in den Griff bekommen“ könnte ... und müsste. Die Fokussierung der NGO auf die lokalen Ressourcen blendet die Tatsache aus, dass Luxemburg das Zentrum einer dynamischen Metropolregion ist. Damit steht das Land vor der Aufgabe, sein Wachstum qualitativ und nachhaltig zu gestalten – eine Vollbremsung ist keine Option. Diese Herausforderung stellt angesichts der finanziellen und politischen Spielräume auch die Chance dar, Modelle für radikal nachhaltige Entwicklung in Kombination mit Hightech zu entwickeln – sofern sich Politik und Zivilgesellschaft dazu aufraffen können.

SHORT NEWS

Du 9 au 21 décembre : les droits humains à l'affiche

(rg) – Logée autour du 10 décembre, déclaré « Journée des droits humains » par les Nations unies, la semaine à venir présente un certain nombre de moments forts autour de ces fameux droits, malheureusement bafoués un peu partout à travers le monde. Dans le cadre du « Human Rights Festival » organisé par YoungAcad, la section des jeunes de l'Action des chrétiens pour l'abolition de la torture, une exposition se tient au Forum Geesseknäppchen du 9 (vernissage à 17h) au 17 décembre. Plusieurs projections de films en collaboration avec d'autres associations sont prévues du lundi au vendredi, chaque fois à 17h, auxquelles s'ajoutent des ateliers, une « living library », des tables rondes et des soirées festives. Le programme complet, avec le concert d'ouverture prévu le vendredi 9 décembre à 19h et les modalités d'inscription aux différents événements, est consultable sous youngacad.lu. Amnesty International, qui coorganise le festival, appelle par ailleurs à participer à sa traditionnelle marche aux flambeaux le 10 décembre même, à 17h30 (départ place d'Armes). Le 10 décembre sera aussi l'occasion de fêter dans la matinée le 20^e anniversaire (avec deux ans de retard à cause de la pandémie) de la Commission consultative des droits de l'homme du Luxembourg. Le colloque organisé à cette occasion est certes réservé aux personnes invitées, mais une inscription auprès de christina.deangelis@ccdh.lu au préalable devrait donner accès à tout-es les intéressé-es pour entendre l'exposé de Diane Schmitt, la coordinatrice de l'UE pour la lutte contre la traite des êtres humains, portant le titre « Prévention, protection, poursuite, partenariat : les priorités de l'UE dans la lutte contre la traite ».

Baumfällungen im Bobësch begonnen

(ja) – Am Donnerstag, dem 8. Dezember, begannen „Entbuschungsarbeiten“ im Bobësch. Das teilte die Straßenbauverwaltung am Mittwoch mit. Gleichzeitig kündigte sie für das kommende Wochenende eine Straßensperrung der CR110 zwischen Sassenheim und Niederkerschen an. Grund seien „Infrastrukturarbeiten“. Gasleitungen müssten jetzt niedriger gelegt werden, da der Flachglasofen der Firma Guardian aktuell ersetzt würde. Da gerade Winter sei, sei der Einfluss auf Vögel und Fledermäuse gering, so die Straßenbauverwaltung. Fledermäuse halten Winterruhe, die eigentlich auf keinen Fall gestört werden sollte, da dies tödlich für die Tiere sein kann. Eine vorläufige Aussetzung der Arbeiten, wie sie mehrere Naturschutzorganisationen und die Biergerinitiativ Gemeng Suessem (Bigs) vor Gericht gefordert hatten, war nicht angeordnet worden. Der Fall soll am Montag, dem 12. Dezember vor dem Verwaltungsgericht verhandelt werden – die Bigs wirft der Straßenbauverwaltung vor, schon vor dem Prozess Tatsachen schaffen zu wollen. Die Bürger*inneninitiative betonte, dass sich durch ihren Einsatz das Ausmaß der Fällarbeiten verkleinert hätte. Die ehemaligen Waldbesitzer*innen von „Bobi bleibt“ rufen zu einer Protestaktion gegen die Baumfällungen auf. Sie wollen sich dazu am Samstag, dem 10. Dezember um 8:30 Uhr am Bahnhof Niederkerschen-Sassenheim treffen.

Equality Package der EU: Tilly Metz warnt vor Blockade

(is) – Die EU-Kommission präsentierte am Mittwoch zwei Initiativen im Kampf gegen Diskriminierung, eine davon zur Stärkung von Anlaufstellen für Betroffene. Ein Faktenblatt zeigt, woran es den Organisationen fehlt: Unabhängigkeit, Ressourcen, juristischer Macht, Mitbestimmungsrecht. Die Kommission fordert die EU-Staaten auf, die Ressourcen aufzustocken, Unabhängigkeit zu garantieren und die Antidiskriminierungsstellen zu konsultieren. Die EU-Richtlinien gegen Diskriminierung sollen zudem um Direktiven zur Nicht-Diskriminierung auf der Arbeit und zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der sozialen Sicherheit ergänzt werden. Die zweite Initiative der Kommission zielt auf die Ankerkennung gleichgeschlechtlicher Elternschaft ab. Zwar schlägt die Kommission keine Vereinheitlichung der Familienpolitik vor, doch will sie unter anderem ein Europäisches Elternschaftszeugnis einführen. Erziehungsberechtigte können es in dem Mitgliedstaat anfragen, der ihre Elternschaft anerkannt hat. Das Zertifikat ist keine Pflicht, seine europaweite Anerkennung jedoch schon. Während sich die Vertreter*innen des LGBTI Intergroup und der Children's Rights Intergroup erfreut zeigen, äußert die EU-Abgeordnete Tilly Metz (Déi Gréng) in einer Stellungnahme Bedenken: „Das von der Kommission gewählte Rechtsinstrument sieht ein Vetorecht für die Mitgliedstaaten vor. Angesichts der Anti-LGBTQI+-Haltung einiger europäischer Regierungen ist eine Blockade des Dossiers leider zu befürchten.“ Dies sei bereits bei der Antidiskriminierungsrichtlinie von 2008 geschehen, die deswegen bis heute auf ihre Umsetzung warte.